



Stenografischer Bericht

öffentlicher Teil

13. Sitzung – Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

23. Januar 2025 – 14:02 bis 15:37 Uhr

Anwesend:

Vorsitz: Michael Boddenberg (CDU)

CDU

Tanja Jost
Heiko Kasseckert
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Sebastian Müller (Fulda)
Jan-Wilhelm Pohlmann
Anna-Maria Schölch
André Stolz
Annette Wetekam

AfD

Klaus Gagel
Andreas Lichert
Dimitri Schulz
Olaf Schwaier

SPD

Elke Barth
Karina Fissmann
Rüdiger Holschuh
Maximilian Ziegler (Vogelsberg)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Martina Feldmayer
Kaya Kinkel
Sascha Meier
Katy Walther

Freie Demokraten

Dr. Stefan Naas



Fraktionsassistentinnen und -assistenten:

CDU:	Moritz Palm
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	Jan Alexander Fröhlich
Freie Demokraten:	Tobias Schmidt

Landesregierung:

HMWWV:

Minister Kaweh Mansoori
StSin Ines Fröhlich
Herr Barthel
Herr Dr. Bauer
Herr Gütling
Herr Dr. Hanisch
Herr Wiesmeth

HMLU

MinR Dr. Braunisch

Rechnungshof:

Dirin HRH Breidert

Protokollführung: Heike Schnier



1. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Ein Keller ist kein Luxusgut! Baukosten senken, Deponien und Recyclingbaustoffe in den Fokus nehmen
– Drucks. [21/1238](#) –

2. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Mehr Garagen, weniger Verordnungen: Bürokratieabbau muss man wollen
– Drucks. [21/1239](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir haben einen, wie ich finde, sehr guten Antrag zum Thema „Ein Keller ist kein Luxusgut! Baukosten senken, Deponien und Recyclingbaustoffe in den Fokus nehmen“ vorgelegt. Das ist ein Thema, das uns in der vergangenen Legislaturperiode in diesem Ausschuss schon gelegentlich beschäftigt hat. Wir haben im Landtag darüber bereits diskutiert, und ich kann für den Antrag nur noch einmal werben. Ich glaube, dass die beiden Stichwörter Deponien und Recycling sehr gute Stichwörter für Hessen sind. Dem liegen auch diverse kleine, umfangreiche Anfragen zugrunde, deren Beantwortung – das ist keine Kritik, sondern nur eine Feststellung – teilweise sehr lange gedauert hat.

Wir haben einen zweiten Antrag eingereicht: „Mehr Garagen, weniger Verordnungen: Bürokratieabbau muss man wollen“, wo wir uns mit der hessischen Garagenverordnung beschäftigen, die wir abschaffen und das in die Hessische Bauordnung übernehmen wollen. Ich habe dazu im Plenum bereits vorgetragen und die guten Argumente dargelegt.

Wir glauben, dass beide Anträge eigentlich angenommen werden können. Wir warten immer noch auf die guten Vorschläge, die aus der Kommission des Ministers kommen. Es soll Vorschläge geben. Inoffiziell kennen wir sie natürlich auch. Aber offiziell sind sie noch nicht eingereicht oder hier vorgestellt. Insofern können wir das heute diskutieren und vielleicht auch verabschieden.

Abgeordnete **Elke Barth:**

Die ausführliche Diskussion hatten wir schon im Plenum. Herr Dr. Naas, genau so, wie Sie sich immer sehr intensiv unseren Koalitionsvertrag anschauen, um daraus Anregungen zu ziehen, haben Sie selbstverständlich schon die 20 Vorschläge der Kommission „Innovation im Bau“ zur Kenntnis genommen. Die sind auch veröffentlicht. Das ist nichts, was man sich informell besorgen muss.

Zu Ihren beiden Anträgen hatten wir ausgeführt, dass erst kürzlich eine Novelle der Garagenverordnung, allerdings noch unter dem grünen Ministerium, erfolgt ist bzw. dort begonnen wurde.

Wir sind auch nicht abgeneigt, so möchte ich es sagen, uns das Thema unter dem Aspekt des Bürokratieabbaus noch einmal anzuschauen. Was wir allerdings gänzlich für falsch halten, ist, das Thema in irgendeiner Form in die HBO zu integrieren. Von diesem Vorschlag haben auch Fachverbände schon deutlich abgeraten. Sie haben uns gegenüber auch geäußert, dass Sie da wohl wieder einmal übers Ziel hinausgeschossen sind.

Was das Thema Deponiekapazitäten usw. usf. anbelangt, haben wir uns in der letzten Legislaturperiode gemeinsam sehr bemüht, hier Bewegung reinzubringen. Daher begrüßen Sie auch sicherlich, was Sie auf Seite 76 unseres Koalitionsvertrags dazu vorfinden. Das ist aber tatsächlich ein Thema, was im Ministerium auch schon in der Vorbereitung ist – dabei ist vieles, auch wenn wir es hier im Wirtschaftsausschuss diskutieren, natürlich im Umweltministerium zu verorten. Aber auch das ist schon auf dem Weg. Insofern finden wir es natürlich gut, wenn Sie das positiv begleiten. Aber ein neuer Impuls ist auch dies nicht.

Wir könnten es aber in den Themenspeicher verweisen, so wie wir es mit Ihren anderen Anträgen zu unserem Koalitionsvertrag gemacht haben.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Ich glaube, uns eint, dass wir alle, zumindest die demokratischen Fraktionen in diesem Ausschuss, nach Wegen suchen, das Bauen bezahlbarer zu machen, günstiger zu machen. Da gibt es unterschiedliche Vorschläge und Vorstellungen. Natürlich sind sie unterschiedlich, so wie auch die Parteien unterschiedlich sind. Bürokratieabbau ist auch immer wieder ein Thema, das uns alle beschäftigt.

Die Kommission „Innovation im Bau“ hat Vorschläge vorgelegt. Es ist auch gut, dass man auf Verbände hört. Allerdings haben nicht alle Fraktionen in diesem Ausschuss mit dieser Kommission diskutiert und wahrgenommen, was diese Verbände gesagt haben. Deswegen wäre es gut, wenn wir einmal etwas Konkretes von der Landesregierung vorgelegt bekämen; denn Vorschläge einer Kommission sind nicht automatisch die politischen Vorschläge der Regierung. Davon gehe ich aus. Wenn das dann alles vorliegt, dann können auch wir die Verbände anhören. Dann werden wir uns dazu noch weiter äußern.

Herr Naas, positiv ist natürlich, dass Sie das Thema Recyclingbaustoffe und Deponien in Ihrem Antrag adressiert haben, auch Bürokratieabbau. All die Punkte sind richtig. Wir finden allerdings, dass man das Thema Recycling und Recyclingbaustoffe in einem größeren Zusammenhang sehen müsste: im Zusammenhang des Ressourcenschutzes und der Kreislaufwirtschaft. Das kommt uns etwas zu kurz bei Ihrem Antrag. Deshalb werden wir uns bei Ihren Anträgen enthalten.

Abgeordneter Dimitri Schulz:

Bei Punkt 1 ist es so: Der Ausbau der Deponiekapazitäten dauert etwa zehn Jahre. Aber auf das Thema wird jetzt nicht eingegangen. Ich hätte mir gewünscht, dass es drastische Forderungen zur Beschleunigung des Ausbaus gibt. Vielleicht kann sich aber die Kommission dazu Gedanken

machen, wie man den Ausbau beschleunigen kann. Oder vielleicht hat das Ministerium schon Ideen.

Wir werden natürlich beiden Anträge zustimmen. Bei den Garagen spricht die FDP nicht von dem Gefahrenpotenzial von E-Autos. Das vermisse ich ein bisschen. Aber ansonsten ist der Antrag zustimmungsfähig.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Ich will die Diskussion nicht in die Länge ziehen. Aber ich will doch die Kollegin Barth fragen, was eigentlich gegen unsere Anträge spricht – natürlich außer dem Briefkopf oder dem Einreicher; das verstehe ich schon.

Ich habe jetzt als Argument bei der Garagenverordnung gehört, das würde über das Ziel hinausschießen. Also kann ich entgegnen: Beim Bürokratieabbau können wir, glaube ich, gar nicht über das Ziel hinausschießen.

Sie haben gesagt, da gibt es schon eine Novelle. Die ist eigentlich neu genug. Irgendwie verändern wir das. Okay. Soll das jetzt trotzdem in den Themenspeicher? – Okay.

Bei dem zweiten Thema haben Sie gar keine Argumente genannt. Ich würde gerne eines hören. Zu sagen, es steht als Thema im Koalitionsvertrag, und deswegen darf kein anderer mehr dazu eine Zeile schreiben oder gar irgendetwas beantragen, halte ich auch aus Oppositionssicht für zu weitgehend. Aber Sie haben auch inhaltlich gar nichts dazu gesagt.

Wir tun hier ja nichts Böses. Wir fordern die Landesregierung auf, eine Verfüllrichtlinie anzupassen, sich um bestimmte Themen zu kümmern, ein Sofortprogramm auf den Weg zu bringen. Das könnten wir doch eigentlich gemeinsam beschließen. Am Ende werden Sie wahrscheinlich behaupten, dass das auch alles im Koalitionsvertrag stand und von Ihnen ohnehin gekommen wäre oder auf Ihr Konto geht. Insofern stehen wir uns da eigentlich nicht im Wege. Ich verstehe nicht, warum man, wenn man diese Gemeinsamkeit hat, das nicht gemeinsam – vielleicht auch geändert, wenn Sie einzelne Formulierungen nicht mögen – verabschieden kann. Ich werbe hier für ein gemeinsames Thema.

Jetzt haben Sie wieder das Stichwort Themenspeicher genannt. Wir haben schon im letzten Jahr viele Vorschläge vorgelegt. Das haben wir auch schon im Ausschuss und auch im Plenum diskutiert. Wir haben noch viele Vorschläge. Da kommen noch welche, Kollegin Barth. Wir können die alle in diesen Themenspeicher tun. Nur, irgendwann müssen Sie uns einmal verraten, was am Ende mit dem Themenspeicher passieren soll. Denn wenn man so einen Schatz von guten Ideen hat, dann muss man damit auch irgendwann einmal zu Potte kommen. Das Geheimnis müssten Sie uns schon verraten, wann Sie denn gedenken, über unseren Themenspeicher abzustimmen oder irgendwie damit umzugehen. Nach fünf Jahren, nach einem Jahr, nach Gusto? Das würde ich meiner Fraktion gerne irgendwann einmal mitteilen.

Abgeordnete **Elke Barth:**

Ich will jetzt nicht die ganze Diskussion aus dem Plenum wiederholen. Aber es wäre schon ganz schön, wenn tatsächlich ein paar neue Vorschläge von der FDP kämen und nicht Sachen, die sowieso schon in – ich traue es mich kaum noch zu sagen – unserem Koalitionsvertrag stehen.

Die Kommission „Innovation im Bau“ hat konkret 20 Vorschläge vorgelegt, darunter auch einiges, was Sie letztes Jahr beantragt haben, was zuvor in unserem Koalitionsvertrag stand. Ich nenne beispielsweise den Gebäudetyp E. Sie können fest davon ausgehen, dass noch dieses Jahr ein Gesetzentwurf aus dem Ministerium kommt – ich denke, die Frau Staatssekretärin wird mir da nicht widersprechen –, der uns auf Basis dieser 20 Vorschläge eine Grundlage gibt.

Ich kann Ihnen sagen: Wir von der Koalition wollen eine Reform und kein Reförmchen. Insofern wird das in Bälde auf den Tisch kommen, also nicht in fünf Jahren, nicht in zehn Jahren, sondern dieses Jahr. Insofern hoffe ich, dass das jetzt konkret genug ist. Ich kann mir sogar sehr gut vorstellen, dass das auf jeden Fall in den nächsten Monaten kommt und nicht erst nach der Sommerpause.

Was die Garagenverordnung anbelangt, finde ich schon, dass man nicht sagen kann, dass Bürokratie generell Mist ist. Wir brauchen Bürokratie für geordnete Prozesse. Womit wir ein Problem haben – ich denke: parteiübergreifend –, ist überbordende Bürokratie, überflüssige Bürokratie. Wir müssen genau schauen, wo das der Fall ist. Aber jetzt sämtliche Verordnungen komplett zu schleifen und zu sagen, das sei alles Mist, das sei alles falsch gewesen, was wir die letzten Jahrzehnte gemacht haben, da würden wir, glaube ich, das Kind mit dem Bade ausschütten.

Daher haben wir tatsächlich konkret gesagt: Wir können uns nicht vorstellen, die Garagenverordnung jetzt zu ändern. Das ist auch übrigens herrschende Fachmeinung. Wir haben zum Teil dieselben Gesprächspartner. Sie haben für diesen Antrag zuvor, genauso wie übrigens zu den Technischen Bauvorschriften, worüber wir nachher noch sprechen, garantiert mit der Architektenkammer gesprochen. Das waren nämlich genau die Themen, die sie angesprochen hat. Insofern gehe ich davon aus – –

(Abgeordneter Dr. Stefan Naas: Wir sind eine Mittelstandspartei! Die Fragen des Mittelstands greifen wir natürlich auf!)

– Ja, ich weiß, klar, natürlich. – Wir werden die nicht in die Hessische Bauordnung einbauen. Ich habe allerdings auch genauso klar gesagt, dass wir die Garagenverordnung mit dem neuen Spirit wirklich einfacher, schneller und günstiger machen können. Dafür hatten wir auch konkrete, im Plenarprotokoll nachlesbare Beispiele aus der Garagenverordnung genannt, wo wir durchaus noch Potenzial sehen, wo man vereinfachen könnte. Die Verordnung ist zwar unter dem jetzigen Ministerium letztendlich gezeichnet worden, aber erarbeitet wurde sie noch unter der alten Führung. Mit dieser Brille „schneller, einfacher, günstiger“ sehen wir durchaus noch Potenzial. Allerdings sage ich auch: Eine Novelle, die gerade erst im vergangenen Jahr, ich glaube, vor noch nicht einmal sechs Monaten neu zugelassen wurde, jetzt sofort wieder in die Hand zu nehmen – da springen uns irgendwann auch die Verbände oder die Bauherren ins Gesicht; denn die müssen das letztendlich umsetzen.

Abgeordneter Heiko Kasseckert:

Ich will das, was Elke Barth gesagt hat, unterstreichen. Stefan, wir haben das im Plenum schon ausgetauscht. Es geht gar nicht darum, dass die Ideen falsch sind, aber wir glauben, dass es Sinn macht, das Ganze konzertiert anzugehen. Wir haben die Kommissionsergebnisse, die 20 Punkte, und noch den einen oder anderen Ansatz, den wir diskutieren, den wir intern sauber abarbeiten müssen.

Ich rede jetzt gar nicht über den Inhalt, sondern über das Verfahren. Natürlich ist es so, dass eine Oppositionspartei es einfacher hat, wenn sie eine Idee hat. Sie stellt einen Antrag, und damit ist das im Laufen. Als Regierungsvertreter muss man das Ganze rechtsförmlich prüfen, muss in die Abstimmung. Es muss intern abgestimmt werden, es muss politisch diskutiert werden. Das Verfahren dauert etwas länger, zugegebenermaßen, aber unser Ansatz ist es am Ende, und das betrifft all diese Punkte, die ihr in den letzten Monaten beantragt habt.

Jetzt geht es mir gar nicht um die Frage, wer es erfunden hat. Tatsächlich ist es so, wie es Elke sagt: Ein Blick in unseren Koalitionsvertrag wird darauf hinweisen, dass wir viele dieser Punkte, die ihr auch beantragt habt, im Koalitionsvertrag stehen haben. Das macht es weder falsch noch richtig, das macht auch kein Urheberrecht, also zu sagen: Wir haben es als Erstes erfunden. – Im Gegenteil, das zeigt eigentlich, dass wir alle das Interesse daran haben, vernünftig an diese Entbürokratisierung zu gehen, die Dinge zu erleichtern, aber eben in einem sauberen Prozess. Das ist auch kein Prozess, der auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist. Diese 20 Kommissionspunkte werden wir in absehbarer Zeit, also in naher Zukunft, auf den Tisch legen. Aber auch damit ist es eben noch nicht getan; denn das ist nur das Baupaket I. Baupaket II sind dann solche Punkte, wie sie in den letzten Monaten genannt wurden.

Bei der Deponie-Geschichte beispielsweise – Stefan, das weißt du selbst – hat das Land überhaupt keine Aktien in der Umsetzung. Das machen die Landkreise; die sind dafür zuständig. Aber auch da, muss man sagen, haben wir in der Vergangenheit eine sehr restriktive Haltung seitens des Ministeriums gehabt. Hier müssen wir jetzt öffnen, hier müssen wir Signale geben an die Landkreise, dass wir wollen, dass wir Deponierräume zur Verfügung stellen, dass wir Flächen, die vorher ausgeräumt wurden, neu verfüllen lassen, sodass nicht mehr weite Strecken zurückzulegen sind. Das kann man alles initiieren, das wird auch Gegenstand der Initiativen sein, die wir angehen.

Zu den Garagen hat Elke eben auch schon etwas gesagt. Da haben wir die Rückmeldung, dass das momentan aktuell ist, im Stand vom Sommer letzten Jahres. Das schauen wir uns aber an. Wenn es da Erleichterungen, Verbesserungen gibt, wird auch das in ein neues Baupaket reinkommen.

Stefan, wenn du sagst, wir haben die Geduld und die Zeit nicht, dann stimmen wir über die Anträge ab. Wir werden sie mit dem Hinweis darauf ablehnen, dass wir sie verfahrenstechnisch für nicht abstimmungsfähig halten, nicht im Inhalt. Wenn du an einer sachlichen Diskussion interessiert bist, dann lass sie im Verfahren, und wir diskutieren sie dann, wenn ein Gesetzentwurf, der

dann in eine ordentliche Anhörung gehen kann, hier vorgelegt wird. Das ist der Zeitpunkt, wo wir diskutieren können.

Abgeordneter Dr. Stefan Naas:

Vielen Dank, vor allem Heiko, für die Erläuterung. Ich finde, wir sind nicht so weit auseinander. Du hast es ja auch eben persönlich formuliert. Es ist völlig klar, dass wir Ansprechpartner bestimmter Verbände sind, so wie ihr auch, je nach Gusto und Schwerpunkt, und dass wir diese Vorschläge, die ja dringlich sind – ich glaube, da sind wir uns einig – aufgreifen. Du hast es beschrieben: Wir haben es da leichter, weil wir im Verfahren schneller sein können.

Jetzt ist das doch, finde ich, eine komfortable Position, wenn eine Oppositionsfraktion Vorschläge bringt, die im Koalitionsvertrag sind. Wir wollen jetzt nicht streiten, wer den ersten Stein geworfen oder das Ei als Erstes gelegt hat. Das ist ja egal. Aber daraus könnte man etwas Gemeinsames machen. Es ist doch völlig klar, dass wir das auch im Blick haben.

Es gibt politisch zwei Varianten. Es wird heute abgelehnt; dann kann ich als Opposition sagen: Guckt mal, das haben die abgelehnt, obwohl das gute Texte, gute Vorschläge, gute Forderungen sind. – Oder wir schieben das, diskutieren das. Dann hätten wir allerdings auch die Erwartung, dass es am Ende nicht für erledigt erklärt wird, nachdem es so lange geschoben wird, bis die Regierung irgendwas geliefert hat, sondern dass wir sozusagen einen konsensualen Beitrag leisten und uns auch gemeinsam hinter bestimmten Problemlösungen versammeln können.

Dass diese Bereitschaft da ist – das ist für mich doch die Abwägung zwischen abstimmen zu lassen oder in den Themenspeicher zu schieben, um am Ende etwas Gemeinsames zu haben, also zu partizipieren an einer Diskussion und an einem gemeinsamen Lösungsvorschlag. Wenn du sagst, das ist inbegriffen, folge ich dem gern, und wir schieben das so lange. Wenn das Schieben aber nur bedeutet, dass am Ende behauptet wird: „Jetzt ist es erledigt, jetzt brauchen wir den ganzen Müll nicht mehr“, dann ist es ein bisschen billig, dann können wir auch gleich abstimmen.

Da fände ich es fair, wenn es einfach klar ist und nicht am Ende die Sache anders ausgeht als erwartet. Heiko, Kollegin Barth, wenn die Bereitschaft besteht, darüber mit uns zu diskutieren, um die beste Lösung zu finden, dann ist es gut. Wenn nicht, ist vielleicht auch die Abstimmung heute das Saubere.

Abgeordneter Heiko Kasseckert:

Stefan, auf jeden Fall wäre es die Mühe wert. Ich sage noch einmal: Wir sind da inhaltlich nicht in allen Punkten einig. Das muss ich auch sagen; wir würden nicht alles mittragen. Trotzdem wäre es die Mühe wert, sich einfach hinzusetzen und zu gucken, wenn wir diesen Punkt aufrufen: Was wollen wir ändern? Was ist eure Vorstellung? Kann man da was zusammen machen? – Wir sind nicht diejenigen, die sich dem versperren. Ich kann dir nicht zusagen, dass die Punkte Zustimmung finden, aber wir sperren uns nicht gegen eine vernünftige, gemeinsame Diskussion.

Vorsitzender:

Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Das heißt, der Vorschlag wäre demnach, dass beide Anträge geschoben werden?

(Abgeordneter Dr. Stefan Naas: Zurückstellen!)

– Okay, prima.

Beschluss zu den Punkten 1 und 2:

WVA 21/13 – 23.01.2025

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, die Anträge in öffentlicher Sitzung zu beraten.

- 3. Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Hessisch-Israelische Wirtschaftsbeziehungen ausbauen –
Digitalisierung schafft neue Chancen für enge Zusammen-
arbeit
– Drucks. [21/1254](#) –

WVA, DDA

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Ich will das kurz halten. Wir haben im Plenum darüber gesprochen, der Antrag ist begründet worden. Ich glaube, es ist ein interessanter Vorschlag, die deutsch-israelischen Beziehungen und insbesondere auch die hessisch-israelischen Beziehungen zu vertiefen. Dazu haben wir einen konkreten Vorschlag gemacht und bitten um Zustimmung.

Abgeordneter **Jan-Wilhelm Pohlmann:**

Die Begründung für unsere Ablehnung haben wir im Plenum schon ausgiebig geliefert. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und Hessen bestehen auch weiterhin auf verschiedenen Ebenen. Es sind weiterhin Delegationsreisen durchgeführt worden. Es gibt im Bereich der Wissenschaft verschiedenste Kooperationen, die wir durchführen, auch das Nationale Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit, ATHENE. Insofern sehen wir keine Notwendigkeit für diesen Antrag und sehen es auch nicht als gegeben, dass diese Wirtschaftsbeziehungen nicht bestehen. Insofern halten wir den Antrag für überflüssig, und deshalb wollen wir ihn ablehnen.

Abgeordnete Kaya Kinkel:

Ich kann mich an lebhaftere Debatten dazu im Plenum und im Digitalausschuss erinnern. Deshalb will ich es auch kurz machen. Natürlich haben wir ein großes Interesse daran, dass wir gute Beziehungen zu Israel haben, nicht nur wirtschaftlich, aber auch wirtschaftlich, weil wir wissen, dass Israel ein sehr innovatives Land ist. Trotzdem halten wir nichts von dem Vorschlag, eine zusätzliche Struktur zu bauen. Das liegt vor allem daran, dass es schon sehr viele Strukturen gibt. Es wurde in den Debatten schon ausführlich genannt, welche Kontakte die Auslandshandelskammer hat, dass es insbesondere aus der Region Frankfurt/Rhein-Main eine besondere Beziehung in der Wissenschaft gibt. Von daher sehen wir das eher als Doppelstruktur und würden uns enthalten.

Minister Kaweh Mansoori:

Im Plenum hat für unser Haus Frau Staatssekretärin Fröhlich gesprochen. Ich will für die Landesregierung noch einmal deutlich machen, dass wir nicht die wirtschaftlichen Beziehungen ablehnen, aber den konkreten Vorschlägen aus dem Antrag nicht zustimmen. Ich glaube, es ist auch in der Plenardebatte schon deutlich geworden, dass die Zusammenarbeit zwischen AHK und Hessen 2021 nicht eingestellt worden ist. Im Gegenteil, es hat auch darüber hinaus Zusammenarbeit gegeben. Um ein Beispiel zu nennen: 2021 gab es eine Delegation zum Thema Smart Cities und Smart Countrysides gemeinsam mit der HTAI in Nordhessen, auch für den Bereich Start-ups. Auch im Folgenden fand Austausch statt. Ich habe mich selbst zu dem Thema mit der Generalkonsulin ausgetauscht.

Mit Blick auf die Aktivitäten insbesondere der AHK, wenn es um den Markteintritt von hessischen Unternehmen in Israel geht, gibt es, glaube ich, funktionierende Strukturen, auf die wir aufsetzen sollten. Vielleicht sollten wir uns bei dem Anlass irgendwann einmal grundsätzlich über das Thema Außenwirtschaft austauschen. Andere Bundesländer sind da wesentlich intensiver unterwegs mit solchen Auslandsdependancen. Aber messbare Indikatoren, ob das in der Außenwirtschaftsarbeit wirklich erfolgreich ist, habe ich bislang noch nicht gesehen. Daher macht es mit Blick auf begrenzte Ressourcen Sinn, auf etablierte, funktionierende Strukturen aufzusetzen. Insofern werden wir in dem Rahmen auch die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hessen und Israel fortsetzen.

Abgeordneter Dr. Stefan Naas:

Zunächst einmal bin ich ein bisschen beruhigt, dass diesmal nichts im Koalitionsvertrag dazu steht. Es ist zumindest nicht in der üblichen Form vorgetragen worden.

Zweitens will ich noch einmal darauf hinweisen, dass es hier nicht um Delegationsreisen geht – nur um diesem Stichwort gleich vorzubeugen. Es ist mit Delegationsreisen auch nicht getan. Uns geht es auch nicht darum, dass erstmalig Wirtschaftsbeziehungen aufgenommen werden. Es ist völlig klar, dass die bestehen, dass die weiterlaufen. Das ist auch Sache der Wirtschaft. Es ist die Frage, ob wir ein besonderes Augenmerk auf die hessisch-israelischen Wirtschaftsbeziehungen

haben. Da haben wir Player, die dafür zuständig sind. Es ist die Frage, ob das belebt, forciert, verstärkt wird.

Der allgemeine politische Hintergrund ist klar. Das muss ich hier nicht erläutern. Es ist ein sensibles und besonderes Thema. Es hat eine besondere Attraktivität, weil dieser Staat hoch innovativ und uns da um einiges voraus ist und man da auch etwas lernen kann. Deswegen haben wir hier mehrere Fliegen mit einer Klappe. Es ist jetzt auch kein absolut neuer Vorschlag. Denn so etwas gab es schon einmal in Hessen. Da wäre auch noch die Frage, warum man es beendet hat. Und dann ist die Frage, warum andere Länder das haben, die vom Wirtschaftsstandort weit unbedeutender sind, zumindest nach unserer Lesart.

Deswegen kann man hier mit Fug und Recht sagen, dass das ein wichtiges Thema ist. Wenn Sie es nicht wollen, ist es schade. Ich glaube, dass es nach wie vor eine gute Idee ist, selbst wenn Sie diesen Antrag ablehnen werden. Das vermute ich zumindest nach jetzigem Stand. Es wäre meine Bitte, es trotzdem zu machen. Ich weiß ja auch, wie Opposition funktioniert. Manchmal muss man vordergründig etwas ablehnen, damit es im Nachgang dann aber gemacht wird. Da habe ich eine gewisse Hoffnung, dass das hier auch der Fall ist. Ich glaube, dass es einfach gut ist, wenn wir uns diesem Staat verstärkt zuwenden, aus politischen Gründen, aber eben auch aus wirtschaftlichen. Wir können da für das, was wir in Hessen anstreben, innovativer zu werden, auch viel lernen. Deswegen nehmen Sie die Vorschläge einfach mit, auch wenn Sie den Antrag heute ablehnen.

Abgeordneter **Dimitri Schulz:**

Ich bitte, auch diesen Vorschlag anzunehmen, also die Bitte von Herrn Naas. Herr Minister, Sie haben gesagt, dass andere Bundesländer viel intensiver dran sind. Das heißt, wir haben innerhalb Deutschlands quasi Mitbewerber. Das ist halt so im Leben: Der frühe Vogel fängt den Wurm. Dann kann es sein, dass wir einige Dinge verpassen werden. Deswegen halte ich den Vorschlag für gut, dass wir mindestens genauso intensiv wie andere Bundesländer die Beziehungen mit Israel führen, also mindestens gleich viel und nicht weniger. Deswegen halten wir als AfD das für einen guten Vorschlag.

Minister **Kaweh Mansoori:**

Nur, damit nicht am Ende der Zungenschlag entsteht, der Minister hätte erklärt, dass andere Bundesländer mehr im Bereich der deutsch-israelischen Beziehungen machen. Das wollte ich klarstellen: Es gibt in anderen Bundesländern eine ausgeprägtere Kultur als bei uns, was Außenbeziehungen des eigenen Bundeslandes betrifft. Es gibt aber meines Wissens keine objektive Untersuchung, dass das erfolgreicher ist in der Außenwirtschaftspolitik. Mein Petikum war, dass wir uns diesem Thema zu gegebener Zeit noch einmal gemeinsam widmen.

Vorsitzender:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über diesen Antrag ab.



Beschluss:

WVA 21/13 – 23.01.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD gegen AfD, Freie Demokraten bei Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1569](#)

4. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Wirtschaftsstandort Hessen stärken – Hessen an Wasserstoff-Kernnetz anschließen
– Drucks. [21/1268](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir haben einen Antrag zum Thema „Hessen an das Wasserstoff-Kernnetz anschließen“ vorgelegt. Das ist ein umfangreicher Antrag, den der Kollege Rock im Plenum ausführlich begründet hat. Wir haben Sorge, dass Teile des Landesgebietes nicht optimal angeschlossen sind. Wir haben das ausführlich dargelegt. Wir wollen deswegen ein Konzept für den flächendeckenden Ausbau der hessischen Wasserstoff-Infrastruktur. Wir wollen bestimmte rechtliche und planerische Rahmenbedingungen dazu verbessern. Wir wollen uns natürlich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die weißen Flecken auf der hessischen Landkarte geschlossen werden. Das halten wir für ein absolutes Zukunftsthema, weil der Anschluss an das Wasserstoffnetz zukünftig ein ganz erheblicher Standortvorteil sein wird. Da müssen wir jetzt sehr aktiv werden. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Ich bitte um Zustimmung.

Abgeordneter **J. Michael Müller (Lahn-Dill):**

Im Plenum haben wir hierzu nahezu alles ausgetauscht. Der Antrag geht inhaltlich an den wesentlichen Dingen vorbei. Die Anschlussmöglichkeit – der Minister hat es im Parlament ausdrücklich erklärt – ist für Hessen optimal gegeben. Ungeachtet dessen hat die noch amtierende Bundesregierung die Vorarbeiten, die dazu erforderlich waren, eigentlich nicht vollendet, um es einmal freundlich zu formulieren. Deshalb ist der Antrag an dieser Stelle auch verfrüht. Aber alles

andere haben wir im Plenum gesagt. Wir müssen das nicht wiederholen. Ich beziehe mich also insoweit vollinhaltlich auf den Redebeitrag.

Abgeordneter Andreas Lichert:

Herr Müller, da muss ich Ihnen ausnahmsweise einmal zustimmen. Die wesentlichen Dinge sind hier tatsächlich nicht Gegenstand. Ich erinnere auch noch einmal gerne daran.

Gegenstand ist hier konkret das Wasserstoff-Kernnetz. Aber dieses Wasserstoff-Kernnetz an sich ist schon ein Fehler, zumindest zum derzeitigen Zeitpunkt. Natürlich erkennen wir an, dass fundamentale Transformationsprozesse, um dieses Unwort auch einmal zu gebrauchen, natürlich immer am Henne-Ei-Problem leiden.

Aber, noch einmal: Wir wissen gar nicht, wo der Wasserstoff herkommen soll, der dereinst die deutsche Industrie dekarbonisieren soll. Es gibt weder eine entsprechende Quelle noch entsprechende Exportländer. Es ist aber einigermaßen plausibel, davon auszugehen, dass der Wasserstoff eben nicht mit Tankern, die auf minus 253 Grad Celsius abgekühlt werden, hier anlanden wird. Wahrscheinlich wird er in Form von was auch immer kommen. Ammoniak ist ein heißer Kandidat. Wir wissen es schlichtweg noch nicht.

Was auch noch überhaupt nicht absehbar ist: Wie sieht die Anwendung von Wasserstoff in der Industrie konkret aus, auf industriellen Skalen? Wir alle haben gehört, dass die Direktreduktionsanlage bei ThyssenKrupp so nicht kommen wird. Die konkreten Erfahrungen mit Wasserstoff-Projekten sind auch hier in Hessen alles andere als positiv. Trotzdem sollen jetzt 20 Milliarden Euro prophylaktisch ausgegeben werden, weil vielleicht irgendwann einmal ein Wasserstoffnetz sinnvoll sein könnte.

Meine Damen und Herren, das ist gerade in der aktuellen Zeit keine seriöse Politik im Sinne der Bürger und auch nicht der Unternehmen. Wir stellen nicht in Abrede, dass vielleicht wirklich irgendwann einmal günstiger und in entsprechenden Mengen verfügbarer Wasserstoff da sein wird. Aber dann könnte man ihn schlichtweg methanisieren, könnte das Erdgasnetz nutzen, und auf der entsprechenden Anwendungsseite der Industrie müssten auch keine neuen Anlagen geschaffen werden. Das ist eine sehr konkrete Alternative. Dass sie in der politischen Debatte nicht einmal ernsthaft in Erwägung gezogen wird, zeigt, dass auch diese Diskussion leider hoffnungslos ideologisiert wird. Jedenfalls können wir dieser energiepolitischen Geisterfahrt auf gar keinen Fall folgen. Wir werden daher auch diesen Antrag ablehnen.

Abgeordnete Kaya Kinkel:

Ich will an die Debatte im Plenum anknüpfen, insbesondere an das, was der Minister gesagt hat. Dazu habe ich nämlich noch zwei Fragen. Herr Mansoori, Sie haben gesagt, es gebe dazu eine Studie. Das ist durchaus interessant. Wir haben die Pläne für das Backbone-Netz, wo wir eine gute Grundlage für eine Anbindung in Nord- und Südhessen haben. Was genau wird dann diese Studie als Ergebnis haben? Vor allem, wann wird sie veröffentlicht? Natürlich hat die Industrie ein

großes Interesse daran, dass sie weiß, was wohin kommt und womit sie rechnen kann. Das ist die eine Frage.

Die andere Frage. In Ihrem Wortbeitrag haben Sie auch von dem Daseinsvorsorgefonds gesprochen, der jetzt angeblich im Zusammenhang mit dem Haushalt kommen soll, was ja ein ganz wichtiges Thema ist für die Kommunen und für die Umstellung der Wärmeversorgung auf Wasserstoff, aber auch auf andere Energieträger. Wir haben uns den Haushalt genau angeschaut, aber von einem Daseinsvorsorgefonds ist dort nicht die Rede. Kommt das denn in diesem Haushalt, oder ist das erst in den nächsten Jahren geplant?

Minister Kaweh Mansoori:

Vielen Dank für die an uns gerichteten Fragen. Vielleicht vorneweg, Herr Abgeordneter Lichert: Ich weiß nicht, ob Sie mit denselben Unternehmen sprechen, wie wir anderen das hier tun, aber den Bedarf an Wasserstoff mit Blick auf Transformationsprozesse, die bereits stattfinden, den können Sie im Grunde in nahezu jedem Industriebetrieb in Hessen feststellen. Insoweit kommt es natürlich darauf an, dass wir gerade mit Blick auf den Infrastrukturausbau, der auch nicht von heute auf morgen realisiert ist, frühzeitig die Themen angehen und sie an der Stelle entsprechend umsetzen.

Ich habe im Plenum bereits ausgeführt, dass es zwei Projekte gibt, nämlich das Projekt H₂ercules und das Projekt Flow zur entsprechenden Anbindung des Rhein-Main-Gebiets an das Kernnetz. Es gibt darüber hinaus – Frau Abgeordnete Kinkel, ich glaube, darauf hat sich Ihre Frage bezogen – diese zwei Regionalnetzstudien, eine ältere und eine neue, die mögliche Trassenverläufe und die technische Machbarkeit für sämtliche Regionen untersucht, also für Nordhessen, Mittelhessen und das Rhein-Main-Gebiet. Das Rhein-Main-Gebiet ist im Grunde auch die Neuerung. Darüber hinaus untersucht das HLNUG im Auftrag unseres Hauses Potenziale zur Untergrundspeicherung des Wasserstoffs in Hessen. Insofern gehen wir da proaktiv voran.

Aber mit Ihrer Erlaubnis, Herr Vorsitzender, würde ich das Haus bitten, an der Stelle fachlich zu ergänzen, um detaillierter auf Ihren Punkt einzugehen.

Herr Wiesmeth:

Der Herr Minister hat gerade technische Machbarkeitsstudien für regionale Wasserstoff-Backbones angesprochen. Da geht es um die Thematik, dass das Wasserstoff-Kernnetz ein Fernleitungsnetz darstellt, an dem große Verbraucher angeschlossen werden können. Wir in Hessen brauchen aber die Perspektive, wie wir das in die Fläche bringen.

Das ist zum einen die technische Machbarkeitsstudie Rhein-Main-Gebiet. Sie wurde 2023 veröffentlicht, ist zwischenzeitlich auch vom Konsortium von Verteilnetzbetreibern aufgegriffen worden im Rahmen des Projekts Rhein-Main Connect. Die zweite Studie ist der Betrachtungsraum Nord- und Mittelhessen. Sie wurde analog dazu mit gleicher Methodik durchgeführt. Die Veröffentlichung ist für kommende Woche Dienstag, 28.01., geplant.

Minister Kaweh Mansoori:

Frau Abgeordnete Kinkel, Sie hatten noch zum Daseinsvorsorgefonds gefragt. Das ist ein Element, die Unterstützung von Stadt- und Gemeindewerken für den Ausbau des Wärmenetzes. Das befindet sich aktuell in der Prüfung. Aber was die Technik betrifft, da sind Nachrangdarlehen für die kommunalen Energieversorger angedacht, um die Investitionen zu bewerkstelligen. Sobald das Prüfungsergebnis abgeschlossen ist, werden wir auch in eine Kommunikation eintreten. Aber einen konkreten Zeitplan kann ich Ihnen dazu noch nicht sagen.

Abgeordneter Maximilian Ziegler (Vogelsberg):

Ich wollte auch darauf verweisen, dass im Plenum eigentlich alles gesagt worden ist, dass Hessen gut angeschlossen ist mit den beiden Leitungen, die der Minister eben erwähnt hat, und dass man damit Mittel- und Nordhessen erschließen kann. In der Debatte ist deutlich geworden, dass wir auf dem richtigen Weg sind, Herr Naas, zumal die Neubauleitung Werne–Eisenach eigentlich an Kassel vorbeiführt. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Kassel quasi keine Möglichkeit auf Erschließung hat.

Sie hätten auch reinschreiben können: In dem von Ihnen erwähnten HHK-Papier zur Energiewende steht übrigens auch, dass die Unternehmen in Hessen zum Beispiel eine deutlich bessere Perspektive als die Unternehmen deutschlandweit haben und dass sich seit 2023, also seit Antritt dieser Landesregierung, das Barometer im Zeitverlauf deutlich verbessert hat. Vielleicht schreiben Sie das das nächste Mal einfach mit dazu.

Abgeordneter Andreas Lichert:

Danke für den Hinweis aus dem Ministerium auf diese Machbarkeitsstudien. Die Frage der technischen Machbarkeit ist meines Erachtens nicht ganz so relevant, weil die, glaube ich, gegeben ist. Das ganze Thema ist jetzt auch nicht mehr ganz neu, sodass es jetzt schon konkretisiert wurde in Hinblick auf – ich sage es jetzt einmal so – die Mittelspannungsstufe der Wasserstoff-Versorgung im Hinblick auf die Verteilnetze etc. Lohnt es sich, die Landesregierung im Hinblick auf die Kosten, die solche Netze mit sich bringen werden, sowohl als Investitionen, aber dann auch im Betrieb, zu fragen? War auch das Gegenstand dieser Machbarkeitsstudien?

Hat die Landesregierung denn irgendeine Orientierung, mit welchen Preisen möglicherweise der Wasserstoff in perspektivisch 10 oder 20 Jahren in Deutschland und speziell in Hessen verfügbar sein wird? Ich erwarte jetzt keine präzisen Antworten. Ich möchte nur wissen, ob es sich lohnt, eine entsprechende Anfrage zu formulieren; denn diese Fragen sind natürlich hochgradig relevant.

Dass die Unternehmen sich jetzt in Anbetracht des ganzen Hypes, der darum gemacht wird, auf das Thema einlassen, ist doch völlig klar. Aber am Ende des Tages werden diese Unternehmen – das zeigen die aktuellen Beispiele – nur bereit sein zu investieren, selbst wenn stark subventioniert wird, wenn es auch eine konkrete wirtschaftliche Perspektive für diese Projekte gibt. Und die können wir bisher noch nicht erkennen.

Abgeordneter Dr. Stefan Naas:

Zunächst einmal muss man nach den Ausführungen von unserem Minister feststellen, dass hier irgendwas passiert. Deswegen ist der Gedanke, das in ein Konzept zu fassen, vielleicht doch kein so falscher. Das ist ja hier der zentrale Anknüpfungspunkt.

Kollege Ziegler, ich weiß nicht: Wie man es macht, ist es eigentlich falsch, also bei den Anträgen. Mal sind sie zu früh, mal sind sie zu spät, dann ist nicht die richtige Formulierung drin. Vielleicht legen wir es das nächste Mal vor. Dann würde ich allerdings auch erwarten, dass zugestimmt wird. Das darf ich vielleicht an der Stelle sagen. Also irgendein Verfahren, aber wir einigen uns da sicherlich noch.

Ich wage einmal eine Prognose: Wenn die Formulierung drin gewesen wäre, würde es trotzdem abgelehnt. Aber vielleicht überraschen Sie mich ja. Ich glaube, dass die Forderung, ein Konzept für Hessen vorzulegen, vielleicht auch aus Eigeninteresse des Ministeriums, um nicht nur zu agieren, sondern auch darüber zu berichten, und zwar umfassend, eigentlich eine gute ist. Insofern hätte ich erwartet, dass man zumindest darüber sprechen kann. Man kann ja unterschiedlicher Auffassung sein, aber die Konzeptionierung halte ich für richtig.

Ich halte auch für richtig, dass wir uns über die Rahmenbedingungen Gedanken machen und natürlich auch über genau das, was Sie jetzt wohl vorhaben, nämlich das in die Fläche zu tragen. Dass wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass es hier einen optimalen Anschluss gibt, ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit. Ich habe jetzt keine Argumente gegen diesen Antrag gehört, bin aber gespannt auf das Abstimmungsverhalten.

Herr Wiesmeth:

Der Herr Minister bat mich kurz, auf Ihre Frage einzugehen, und zwar fragten Sie nach den Kosten dieser regionalen Wasserstoff-Backbones. Die beiden Studien enthalten dazu grobe Kostenschätzungen für die dort skizzierten Trassierungen und Volumina, die transportiert werden sollen. Das liegt für die Region Rhein-Main in einer Größenordnung von 500 Millionen Euro, um diesen Backbone aufzubauen, und für Nord- und Mittelhessen in einer Größenordnung von 240 bis 300 Millionen Euro. Das ist ein kleineres Netz als hier in der dicht verknüpften Region.

Bezüglich der Wasserstoffkosten laufen Schätzungen, wo diese Kosten liegen werden – das ist, denke ich, im Raum allgemein bekannt –, weit auseinander, sind uns natürlich in der Übersicht bekannt. Ich sage einmal, zwischen 1 und 5 Euro pro Kilo ist das Spektrum. Mit 2,50 Euro, 3 Euro pro Kilo können Sie in Hessen vielleicht rechnen. Es kommt immer auf das Betrachtungsjahr und die Menge an.

Vorsitzender:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Tagesordnungspunkt 4 ist in der Diskussion jedenfalls so weit, dass wir abstimmen können.



Beschluss:

WVA 21/13 – 23.01.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, AfD, SPD gegen Freie Demokraten bei Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1570](#)

5. **Antrag**
Fraktion der Freien Demokraten
Hessen muss abspecken: Verwaltungsvorschriften für Technische Baubestimmungen (VV TB) vereinfachen
– Drucks. [21/1414](#) –
6. **Dringlicher Antrag**
Fraktion der AfD
Effizienz statt Bürokratie: Verwaltungsvorschriften der VV TB in Hessen verschlanken
– Drucks. [21/1484](#) –

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wir haben auch hierzu im Plenum schon diskutiert. Das ist ein weiterer Baustein unserer Initiativen zur Vereinfachung der hessischen Baubestimmungen. Wir sind der Auffassung, dass die Verwaltungsvorschriften für die Technischen Baubestimmungen in Hessen mit 580 Seiten mit die umfangreichsten in ganz Deutschland sind. Wir wollen deswegen die Landesregierung auffordern, die Praxis anderer Bundesländer, insbesondere Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns, zu übernehmen. Wir haben gesehen, dass diese Bundesländer sehr viel schlanker unterwegs sind und mit einer dynamischen Verweisung auf die Mustervorschriften auskommen. Deswegen würden wir das hier auch vorschlagen. Wir wollen auch eine wissenschaftliche Begleitung, um über die Fortschritte zu berichten. Es soll insbesondere untersucht werden, wie eine dynamische Verweisungspraxis die Bürokratie entsprechend reduziert und die Bauwirtschaft in Hessen positiv beeinflusst.

Abgeordneter Dimitri Schulz:

Unser Antrag ist ein konkurrierender Antrag zum Antrag der FDP. Tatsächlich haben wir die ersten zwei Punkte 1 : 1 übernommen. Der Hintergrund ist, dass Sie im Plenum einen Tag vorher mehr Milei in der Politik gefordert haben. Dann habe ich die PM des BDB mit Ihrem Antrag verglichen. Der Verband, der Experte dazu, hat das viel schlanker gefordert als Ihr Antrag. Insofern erkenne ich Milei nicht in Ihrem Antrag. Deswegen haben wir ihn schlanker und effektiver gemacht. Daher spreche ich mich für unseren Antrag aus, weil er effektiver und schlanker ist. In diesem Antrag ist mehr Milei als im FDP-Antrag.

Abgeordnete Martina Feldmayer:

Ich habe das schon im Plenum ausgeführt; ich muss es nicht mehr in Gänze wiederholen. Der Vorschlag zur Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften für die Technischen Baubestimmungen ist interessant. Es gibt die Problematik, wenn etwas geändert wird, dass es auf hessischer Ebene angepasst werden muss. Das ist in allen Bundesländern so. Das führt natürlich zu Verzögerungen. Die FDP schreibt, in Mecklenburg-Vorpommern gibt es schon etwas, wo dynamisch auf die Muster-VV TB hingewiesen wird. Dieses Verfahren ist wohl einfacher. Von daher ist das ein interessanter Punkt. Wir würden sagen, das könnte man einmal prüfen. Wenn wir irgendwann einmal eine Runde mit Expertinnen und Experten zur Hessischen Bauordnung haben, wäre das für uns eine Frage, wo wir nachhaken würden.

Wir würden aber diesem Antrag so pauschal nicht zustimmen. Wir wollen, dass etwas vereinfacht wird, dass es nicht erschwert oder komplizierter wird. Deswegen werden wir uns enthalten. Es ist aber etwas, was man mit mehreren Expertinnen und Experten diskutieren muss. Deswegen hoffe ich auch, dass endlich aus der Politik, also vonseiten der Hessischen Landesregierung, etwas vorgelegt wird, nachdem die Kommission „Innovation im Bau“ etwas vorgelegt hat, wie man die Bauordnung erleichtern, verschlanken könnte. Darauf warten wir. Es ist jetzt ein Jahr vergangen, es ist noch nichts vorgelegt worden.

Was die Kommission „Innovation im Bau“ vorgelegt hat, muss politisch diskutiert werden. Ich glaube nicht, dass das alles 1 : 1 übernommen wird. In dieser Kommission waren auch beispielsweise die Kommunen nicht vertreten. Deswegen muss man das im Ganzen betrachten. Aber wir warten darauf, dass das Ganze konkretisiert wird. Dann ist es für uns auf jeden Fall eine interessante Frage, wie wir thematisieren werden.

Abgeordnete Elke Barth:

Wir hatten es schon vorhin bei den ersten beiden Tagesordnungspunkten, dass wir gesagt hatten, es gibt diese 20 ersten Vorschläge der Kommission „Innovation im Bau“. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir in den nächsten Monaten Vorschläge vorgelegt bekommen, wobei natürlich, wenn ein Gesetzentwurf der Landesregierung zustande kommt, eine Regierungsanhörung stattfindet, bevor es letztendlich bei uns landet.

Herr Dr. Naas, wir hatten bei den ersten beiden Anträgen ein Verfahren beschlossen. Ich weiß nicht, ob das hierfür auch gilt. Die Technischen Baubestimmungen sind eigentlich der Gebäudetyp E. So hatten wir es auch.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Stefan Naas)

– Es ist ein Teil. Gebäudetyp E ist ja nicht ein eigener Gebäudetyp, sondern gemeint ist da die erleichterte Abweichung von bauordnungsrechtlichen Anforderungen oder Komfortstandards. Was ist das anderes als Technische Baubestimmungen?

Letztendlich muss das in diesem Kontext beraten werden. Jetzt haben wir beim Gebäudetyp E noch das kleine Problem: Da brauchen wir noch die Zuleitung des Bundes. Der Kabinettsentwurf wurde an einem sehr denkwürdigen Tag, dem 6. November, eingebracht. An dem Tag haben Sie noch etwas anderes gemacht, als Gesetzentwürfe ins Bundeskabinett einzubringen. Das gehört in den Kontext dieser ganzen Diskussion.

Insofern würden wir schon darum bitten, dass Sie auch diesen Antrag zurückstellen, damit wir ihn dann konstruktiv mit den anderen Themen diskutieren können. Es bringt nichts, jetzt losgelöst ein Verfahren zu beschließen, das aber letztendlich in einen Gesamtkontext hineingehört.

Dabei möchte ich auch noch ein bisschen entschuldigend dazu sagen, dass zwei Drittel unserer Technischen Baubestimmungen Anlagen sind, die dort eigentlich sehr benutzerfreundlich enthalten sind, sodass man nur ein Dokument hat. In den anderen Bundesländern sind das teilweise Verweise auf Anlagen, die man sich dann erst wieder herausuchen muss. Insofern muss man schon darüber diskutieren. Es sind 580 Seiten, in denen das eine oder andere enthalten ist. Ein paar Stilblüten haben wir ja auch im Plenum diskutiert. Aber man muss schon schauen, inwieweit man da reduzieren kann und was als durchaus sinnvoll zu betrachten ist.

Insofern wäre unsere Bitte, dass wir auch das zurückstellen und dann zu einem gegebenen Zeitpunkt gemeinsam diskutieren.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Ich fange einmal vorne an. Bei der Gebäudeklasse E geht es um erleichterte Abweichungen vom Standard im Einzelfall. Worum geht es hier? Hier geht es um eine dynamische Verweisung. Ob Sie auf Ihrer Homepage – der Minister hat es ja vorgetragen – eine dynamische Verweisung haben auf eine Musterordnung oder auf eine eigene Anlage, ist für die Anlage an sich erst einmal egal.

Das Argument hat die Kollegin von den GRÜNEN gebracht, nämlich die Frage: Was ist der Vorteil einer dynamischen Verweisung? – Man muss es nicht noch einmal ändern. Jetzt darf man das nicht überschätzen, man sollte es aber auch nicht unterschätzen.

Es ist ein netter Versuch, es noch schon nach dem Vorschlag, alles in den Themenspeicher zu tun; denn irgendwie hat es ja irgendwas mit Vereinfachung und Bauordnung zu tun. Das Interessante an dem Punkt ist aber: Er ist nicht Gegenstand der 20 Punkte.

Jetzt sind wir als Opposition sehr konstruktiv. Wir können das so machen – mit dem Hinweis, dass es bitte konstruktiv bleibt. Denn wenn ich dann am Ende in einem halben Jahr höre, es sei nicht unter den 20 Vorschlägen, deswegen sei es irgendwie blöd oder brauche gar nicht mehr diskutiert zu werden, dann wäre es etwas enttäuschend für uns – ich will es vorsichtig formulieren –; denn wir haben schon die Erwartung einer Konstruktivität.

Es werden noch mehr Vorschläge von uns kommen, und wir sind auch geduldig. Aber wir werden sehr genau beobachten, wann sich etwas ändert. Deswegen meine konkrete Frage am Ende meines Wortbeitrages an den Minister. Auch das ist schon unter den anderen Tagesordnungspunkten diskutiert worden. Es mag eine Erleichterung in der Presse sein, wenn es jetzt schon diese 20 Vorschläge gibt und man sagen kann, da gibt es schon mal etwas. Aber das ersetzt kein parlamentarisches Verfahren, und es ersetzt keine Umsetzung. Machen ist wie Wollen, nur krasser – und im Moment sind wir noch im Stadium des Wollens. Deswegen die konkrete Frage: Wann kommt denn etwas?

Minister Kaweh Mansoori:

Ich will ein Stück weit anknüpfen an die Debatte, die wir schon im Plenum hierzu geführt haben. Ich will für die Landesregierung auch deutlich machen: Wir haben kein ideologisches Verhältnis zu Technischen Baubestimmungen. Ob man das jetzt so rum oder so rum entscheidet, würden wir immer davon abhängig machen, ob das aus Sicht von Praktikerinnen und Praktikern als ein sinnvoller Vorschlag empfunden wird. Was unsere Vorgehensweise in Hessen betrifft – das habe ich jedenfalls nach meinem Sprechzettel auch im Plenum deutlich gemacht –, ist die hessische Vorgehensweise auch in der jüngeren Vergangenheit in der Praxis als anwendungsfreundlich ausdrücklich gelobt worden, zuletzt im Rahmen des Bundeserfahrungsaustauschs der Prüfsachverständigen für technische Gebäudeausrüstung beim Hessischen Brandschutztag und auch beim Fachplanertreffen Brandschutz der Ingenieurkammer Hessen.

Warum? Es ist zwar völlig richtig, wie von Ihnen, Herr Naas, ausgeführt worden ist, dass man, wenn man einen dynamischen Verweis hat, dann nicht regelmäßig aus einer ministeriellen Perspektive die eigene Verordnung erneuern muss. Das stimmt. Der Nachteil ist aber aus der Anwendungsperspektive: Wenn Sie dynamisch verweisen, müssen Sie immer nachschauen, welche Änderungen möglicherweise in den 18 Teildokumenten stattgefunden haben, nach denen Sie sich zu richten haben.

Deswegen empfindet das – das ist jedenfalls die Rückmeldung, die wir bekommen – die Praxis als anwendungsfreundlich, dass sie ein Dokument haben, und wenn die in das Dokument reinschauen, dann wissen sie, welche Regelungen aktuell für sie gelten. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müsste das Land an dieses Gesamtdokument gehen. Das wird, Stand jetzt, von der Praxis hervorgehoben.

Ich habe im Plenum aber auch schon gesagt, dass wir natürlich sämtliche Vorschläge, die von den Fraktionen des Hessischen Landtags zum Thema Vereinfachung, Innovationen, Bürokratieabbau eingehen, der Kommission „Innovation im Bau“ zuleiten. Die hat nicht nur den Auftrag,

sondern aus sich selbst heraus auch den Wunsch, weiterzuarbeiten, weitere Baupakete zu schnüren. Was Gegenstand des nächsten Baupaketes sein wird, kann ich Ihnen nicht sagen, weil die Kommission wirklich autonom arbeitet – mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums, aber wir machen denen an der Stelle keine Vorgaben.

Was das erste Baupaket betrifft: Da sind wir schon sehr weit fortgeschritten in der Abstimmung und in der Übersetzung. Das Einzige, was jetzt noch finalisiert werden muss, ist im Grunde die Begründung zum ersten Baupaket, und dann wäre ich, ohne jetzt den finalen Entscheidungen vorgreifen zu wollen, zuversichtlich, dass der gesamte Gesetzgebungsprozess im ersten Quartal dieses Jahres beginnen kann.

(Abgeordneter Dr. Stefan Naas: Erstes Quartal? Der Gesetzgebungsprozess beginnt im Plenum oder auf Ihrem Schreibtisch?)

– Nein, der Gesetzgebungsprozess beginnt mit einer Kabinettsentscheidung.

Abgeordneter **Dr. Stefan Naas:**

Wenn die Begründung so bleibt wie vom Minister, bitten wir in dem Fall um direkte Abstimmung. Dann machen wir das so.

Vorsitzender:

Dann kommen wir zu den Abstimmungen.

Beschluss zu Punkt 5:

WVA 21/13 – 23.01.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Antrag abzulehnen.

(CDU, AfD, SPD gegen Freie Demokraten bei Enthaltung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dr. Stefan Naas

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1571](#)

Abgeordneter **Heiko Kasseckert**:

Ich bitte, zu Protokoll zu nehmen, dass wir diesen Punkt nicht aus inhaltlicher Erwägung ablehnen, sondern im Verfahren. Wir stellen uns hinter das, was der Minister gesagt hat und was ich vorhin ausgeführt habe, dass die Themen beide im Verfahren sind.

Beschluss zu Punkt 6:

WVA 21/13 – 23.01.2025

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum empfiehlt dem Plenum, den Dringlichen Antrag abzulehnen.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Berichterstattung: Dimitri Schulz
Beschlussempfehlung: Drucks. [21/1572](#)

(Schluss des öffentlichen Teils: 15:12 Uhr
– folgt Fortsetzung des nicht öffentlichen Teils)

Wiesbaden, 31. Januar 2025

Protokollführung:

Vorsitz:

Heike Schnier

Michael Boddenberg